

Michaela Moser

Bildung – (k)ein Wundermittel gegen Armut

erschienen in: Die Österreichische Volkshochschule. Magazin für Erwachsenenbildung, 60. Jg., 2009, H. 233, S. 2-4.

Im stark wissensbasierten Wirtschaftsraum Europa verstärken sich zunehmend auch soziale Ungleichheiten. Mehr Bildung führt nicht automatisch zu weniger Armut. Nachhaltige Armutsbekämpfungsstrategien erfordern vielmehr eine alternative Bildungsperspektive und deren Einbettung in eine erneuerte Politik des Sozialen in der Arbeits-, Einkommens- und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Sinne des guten Lebens aller verteilt werden.

Vor knapp zehn Jahren haben die Staatsoberhäupter der EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, die Europäische Union im Zuge der Lissabon Strategie zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, (...) der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen."

Heute sind die Regierungen Europas nicht nur mit einer Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert, sondern nach wie vor auch mit der Tatsache, dass an die 80 Millionen Frauen, Männer und Kinder in der EU in Einkommensarmut leben.¹

Trotz des im Jahr 2000 bei Lissabon-Rat abgegebenen Versprechens bis 2010 "einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut" zu leisten und einer bis vor kurzer Zeit weitgehend florierenden Wirtschaft, gelang in der Bekämpfung der Armut kein Fortschritt. Menschen mit Armutserfahrungen und die soziale Organisationen, die sie vertreten bzw. unterstützen wissen mit Blick auf die konkreten Realitäten seit einigen Jahren von einer Verschärfung bzw. Vertiefung von Armutssituationen zu berichten.

2009, dem Jahr in dem die europäischen Institutionen neu besetzt werden und intensive über eine Post-Lissabon-Strategie verhandelt wird, steht Europa vor einem Scheideweg. VertreterInnen vom Kommission und Regierungen und deren BeraterInnen, wie etwa der französische Rechtswissenschaftler und Sprecher der Initiative Euromonde2015 Laurent Cohen-Tanugi kürzlich bei einem Vortrag in Wien, plädieren für eine Weiterführung des bisherigen Wachstums-und-Beschäftigungs-Modells in Form einer noch stärker fokussierten Wissensökonomie und "mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation". Im Gegensatz dazu fordern u.a. zentrale zivilgesellschaftliche Akteure, wie die "Spring Alliance", zu der sich die europäischen Gewerkschaften und Dachverbände der Umwelt-, sozialen und entwicklungspolitischen Organisationen zusammengeschlossen haben, zu einem radikalen Perspektivenwechsel auf. Sie setzen sich für die Entwicklung von einem Europa, das Menschen und die Erhaltung ihres Lebensraums in den Mittelpunkt stellt, ein. Im Zentrum einer neuen Strategie müsste demnach die Verbesserung demokratischer Systeme, die Verstärkung sozialen Zusammenhalts und Entwicklung solidarischer Gesellschaften, die Schaffung qualitätvoller – sozialer und umweltverträglicher – Arbeitsplätze, die Vermeidung eines ökologischen Kollaps und die Übernahme globaler Verantwortung stehen (vgl. Spring Alliance Manifesto).

Die zur Diskussion stehenden Strategien unterscheiden sich auch in ihrem Zugang zu Bildung. Während die Wachstums-und-Beschäftigungs-Strategie auf mehr Wissensgesellschaft im Sinne einer verstärkten Wettbewerbsfähigkeit setzt, plädieren jene, die für ein soziales und nachhaltiges Europa eintreten, für ein Verständnis von lebenslangem Lernen, das über Schul- und Berufsausbildung hinausreicht, auch informelle Formen der Bildung einschließt und zur Lebensqualität und den Gestaltungsmöglichkeiten aller Frauen, Männern und Kindern und damit der Entwicklung einer Teilhabegesellschaft beiträgt.

¹ Die offizielle Armutsschwelle liegt bei 60% des mittleren Einkommens eines Landes.

Mythos Wissensgesellschaft

Jene, die auf die Wissensgesellschaft setzen, gehen oft davon aus, dass Fragen von Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit automatisch mitgelöst werden.

Unhinterfragt wird Bildung als Heil- wenn nicht gar Wundermittel gegen Armut präsentiert.

In der Tat bestätigen zahlreiche Studien, dass gebildete Menschen nicht nur besser verdienen, sondern auch länger – und gesünder – leben und durchwegs zufriedener mit ihrem Leben sind (vgl. U.a. Wilkinson/Picket 2009, S. 103ff).

Insgesamt jedoch wird der Einfluss von Bildung überschätzt.

Einschränkend wirkt vor allem der von sozio-ökonomischen Faktoren und sozialem Status segregierte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, wie er im Beitrag von Martin Schenk deutlich wird. Zugleich ändern verbesserte Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten allein nichts am Mangel an qualitätvollen Arbeitsplätzen.

Auch wenn umfassende Bildungsmöglichkeiten in vielerlei Hinsicht und gerade im Hinblick auf Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten unbestritten sinnvoll und notwendig sind, zu mehr Gerechtigkeit führen sie nicht automatisch.

Wie u.a. die deutsche Sozialwissenschaftlerin Daniela Rohrbach und die britischen Public Health und Ungleichheits ExpertInnen Wilkinson und Picket aufzeigen, haben die durch Wachstum und Wissen geprägten letzten Jahre soziale Ungleichheiten nicht zu reduzieren vermögen. Im Gegenteil: Wo Wissen zum ausschlaggebenden Faktor im Wettbewerb wird, verschärfen sich sozio-ökonomische Ungleichheiten, wie zahlreiche Studien seit den 70er Jahren belegen.

In Kombination mit dem in europäischen Strategien ebenfalls sehr präsenten Ziel der Chancengleichheit, das theoretisch jedenfalls beinhaltet, "dass die schulischen und beruflichen Erfolgsmöglichkeiten eines Menschen nicht von seiner sozialen Herkunft oder anderen askriptiven Eigenschaften (vor allem Geschlecht und ethnische Herkunft) abhängen", (Rohrbach, 2008, S. 63), lassen sich Ungleichheiten jedoch leicht als Ergebnis individueller (Fehl-)leistung rechtfertigen.

So wenig niedrige Einkommen aber längst nicht nur mehr ein Problem jener mit fehlenden Bildungsmöglichkeiten sind, so wenig lassen sich hohe und höchste Einkommen durch ein entsprechendes Mehr an Bildung erklären, was den Schluss nahelegt, dass je selbstverständlicher hohe Bildung ist, desto stärker andere Faktoren zum Tragen kommen.

Skeptisch wird von ExpertInnen angefragt, inwieweit Wissen und Expertise überhaupt entscheidende Qualifikationsmerkmale heutiger Gesellschaften sind (vgl. Rohrbach, S. 78), zeigen die Analysen von Wissensgesellschaften doch, dass genau jene "soft skills" an Bedeutung gewinnen, die nur sehr eingeschränkt in traditionellen Bildungsprozessen erworben werden (können). Insgesamt kommt es also eher zu einem Bedeutungsverlust von Bildung, wobei eine "sinkenden Bildungsrendite (...) gerade nicht dem immer wieder beschworenen 'gerechten' Leistungsprinzip" entspreche. (Rohrbach, S. 222)

Die Annahme, dass die effizientere Nutzung von Humanressourcen in der Wissensgesellschaft zu mehr Wachstum und Wohlstand führe und es in deren Folge zum Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme und damit zum Abbau von Ungleichheit komme, ist nicht haltbar.

"Weder ist davon auszugehen, dass Ungleichheit mit fortschreitender ökonomischer Entwicklung zwangsläufig und kontinuierlich abnimmt, noch zeichnen sich moderne Gesellschaften durch eine immer stärker werdende Bedeutung von Bildung für sozialen Erfolg (...) aus." (Rohrbach, S. 223)

Herausforderungen für die Erwachsenenbildung

Die Herausforderungen an Bildungskonzepte die sich als Beitrag zu einer gerechteren Teilhabegesellschaft verstehen, sind folglich groß und es wäre zunächst auf breiter Basis zu diskutieren und zu verhandeln, auf welche Art von Bildung es bei der Gestaltung solcher Gesellschaften ankäme.

Dass mit (politischen) Bildungsprojekten ein solcher Beitrag zu leisten ist, soll im folgenden an drei Beispielen von Partizipations- und Empowermentprojekten aus verschiedenen europäischen Ländern deutlich gemacht werden, die dezidiert auch im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung verortet sind.

Kein Kies zum Kurven kratzen: Ein legislatives Theaterprojekt in Österreich

2006 begann die steirische Organisation InterACT ein legislatives Theaterprojekt in dessen Zentrum die Entwicklung eines Forumtheaterstücks zum Thema "Kein Kies zum Kurven kratzen" von und mit Menschen mit Armutserfahrungen stand. Das Projekt begann mit einem einwöchigen Theaterworkshop mit 30 TeilnehmerInnen, deren Armutserfahrungen die Grundlage für die Entwicklung des Stücks bildeten. Fünf TeilnehmerInnen waren bereits vor dem Workshop als DarstellerInnen engagiert und für die in den folgenden Projektmonate über 20 interaktiven Aufführungen angestellt worden.

Forumtheater ist eine vom Brasilianer Augusto Boal entwickelte interaktive Theatermethode, die dem Publikum die Möglichkeit gibt, in das Stück einzugreifen und Veränderungsvorschläge und Lösungsmöglichkeiten für eine schwierige Situation direkt auszuprobieren. Bewusstseinsbildungsprozesse werden mit der Suche nach individuellen, sozialen und politischen Lösungen und dem Ziel ungerechte Strukturen nachhaltig zu verändern, kombiniert.

Die unmittelbare Darstellung konkreter Realitäten und die Partizipation vieler verschiedener Akteure an der Lösungssuche soll nicht zuletzt die Umsetzung effektiver und nachhaltiger Maßnahmen ermöglichen. So wurden die im Zuge der Aufführungen an verschiedenen Orten der Steiermark gesammelten Lösungsvorschläge gegen Armut im Rahmen einer Aufführung im steirischen Landtag den SozialreferentInnen der dort vertretenen Parteien präsentiert und diese in einer auf das Stück folgenden Podiumsdiskussion zur Stellungnahme und letztlich zum Handeln herausgefordert. In der Folge kam es in der Steiermark zu einer Änderung im Hinblick auf die Abschaffung des vielfach kritisierten Regresses in der Sozialhilfe.

Als Methode der Artikulation und Selbstvertretung Betroffener hat sich legislatives Theater damit als geeignetes Instrument für die Suche nach wirksamen Bekämpfungsstrategien von Armut und sozialer Ausgrenzung, die immer nur unter Beteiligung der betroffenen Personengruppen entwickelt werden können, bewährt und soll in den kommenden Monaten und Jahren auch mit dem Ziel der Verbesserung nationaler sozialpolitischer Maßnahmen verstärkt zur Anwendung kommen.

ErfahrungsexpertInnen als MediatorInnen: Ein belgischer Ausbildungslehrgang

Um die Kluft zwischen MitarbeiterInnen und Maßnahmen sozialer Organisationen und öffentlicher Einrichtungen und Menschen mit Armutserfahrungen und deren konkreten Realitäten zu verringern, werden Menschen mit Armutserfahrungen in einem vierjährigen Lehrgang in Belgien zu sogenannte ErfahrungsexpertInnen ausgebildet.

Als MitarbeiterInnen von Organisationen und Institutionen sollen sie in der Folge Missverständnisse und Fehler, aber auch Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit Armutserfahrungen vermeiden helfen und wenn notwendig konkret zwischen Ämtern und KlientInnen vermitteln.

Die Ausbildung richtet sich an Frauen und Männer, die bereits in Armut aufgewachsen sind und nur sehr geringe Ausbildungschancen hatten. Inhaltliche Bestandteile des Lehrgangs sind die fundierte Selbstreflexion der eigenen Erfahrungen, Kommunikationsfähigkeiten und -techniken, die Analyse des sozialen, ökonomischen und politischen Umfelds, sowie die Einführung in spezifische Methoden, die für die Arbeit als ErfahrungsexpertInnen entwickelt wurden. Pro Semester sind 220-260 Ausbildungseinheiten zu absolvieren, die ab dem 2. Lehrgangsjahr durch insgesamt 800 Stunden Arbeitspraxis mit Supervision ergänzt werden.

Die AbsolventInnen des Lehrgangs, der im Rahmen eines belgischen Erwachsenenbildungs-Curriculum durchgeführt wird, werden schließlich als

ErfahrungsexpertInnen für Armut und soziale Ausgrenzung an Organisationen und Institutionen, darunter auch viele öffentliche Einrichtungen und Ämter, vom Armutsmarktservice bis hin zu den Abteilungen des Sozialministeriums, vermittelt.

Weitere Informationen (in niederländischer Sprache): <http://www.de-link.net/>

"Bridging the Policy Gap": Eine britische Initiative

"Was funktioniert wirklich in der Armutsbekämpfung?" Diese Frage stand im Mittelpunkt des zwölfmonatigen britischen Partizipationsprojekts "Bridging the gap", das als Pilotprojekt in Swansea, Newham und Glasgow durchgeführt wurde.

In jeweils zweitägigen Peer-Review-Treffen wurden dabei mit rund 300 TeilnehmerInnen existierende sozialpolitische Maßnahmenpakete, z.B. zur Erwerbsbeteiligung behinderter Männer und Frauen oder Strategien gegen Kinderarmut diskutiert. Zusätzlich wurden spezifische Vor- und Nachbereitungstreffen für die beteiligten Menschen mit Armutserfahrungen organisiert.

Im Zentrum stand die gemeinsame Evaluation der gewählten Maßnahmen durch Menschen mit Armutserfahrungen, SozialarbeiterInnen bzw. MitarbeiterInnen sozialer Organisationen, GemeindevertreterInnen und regionaler und nationaler PolitikerInnen. Ziel der gemeinsamen Treffen war es von- und miteinander zu lernen, in welchem Verhältnis die für eine Maßnahme geplanten Ziele und deren tatsächliche konkrete Wirkung zueinander standen und was zur Verbesserung von armutsbekämpfender Maßnahmen zu tun sei.

Die Ergebnisse des Projekts sollen gemeinsam mit den Resultaten des "Get Hear"-Projekts, in dem in über 100 Seminaren eine große Zahl weiterer Menschen zu sozialpolitischen Fragen konsultiert wurden, in zukünftige Aktionspläne zur Armutsbekämpfung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene einfließen und die Basis für Überlegungen für eine breitere Anwendung und institutionelle Verankerung der Methode bilden.

Resümee

Die Entwicklung einer verteilungsgerechten Teilhabegesellschaft, von der niemand ausgeschlossen bleibt, ist zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Armutsbekämpfungsstrategie. Mit einzelnen Projekten, mögen sie – wie die oben genannten – noch so positiv sein, wird es hier nicht getan sein. Bildungspolitische Prioritäten müssen entsprechend überdacht und geändert, Bildungsprozesse in Verbindung mit alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen und Fragen der Demokratie- und Gesellschaftsgestaltung neu gestaltet werden.

Armut bedeutet vor allem einen Mangel an Möglichkeiten, auch und vor allem an Möglichkeiten der eigenen Entwicklung und Mitgestaltung von Gesellschaft. Wenn die Verteilung von Chancen und Ressourcen und damit auch von Arbeit, Einkommen, Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gerechter werden und ein gutes Leben für alle in Form einer Teilhabegesellschaft realisiert werden soll, wie umfassende Strategien der Armutsbekämpfung es vorsehen, muss dies nicht zuletzt durch entsprechend Bildungsprozesse vorangetrieben und begleitet werden. Weder bildungstechnologischen "Hochrüstungsdebatten" noch die Engführung auf Bildung als "Entwicklung effizienter Problemlösungskompetenz" (Rohrhirsch, S. 60) im Sinne der Erfordernisse des Arbeitsmarkts sind dann gefragt, sondern vielmehr Prozesse, die es Menschen erlauben und ermöglichen, Szenarien des guten Lebens – für sich und für andere – zu entwerfen, Unterschiede und die damit verbundenen Interessen konstruktiv verhandeln zu lernen und gemeinsam eine Gesellschaft zu gestalten, in der ein gutes Leben für alle realisiert werden kann.

Dr.ⁱⁿ Michaela Moser arbeitet als Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung und ist seit vielen Jahren in der Armutskonferenz und dem European Anti Poverty Network engagiert.

Literatur

Biesecker, Adelheid: Kooperative Vielfalt und Gleichwertigkeit. Das Ganze der Arbeit und seine (Neu-) Verteilung, in: Claudia Lenz, Waltraud Waidelich, Elisabeth von Dücker und Anne Reichmann (Hg.),Hauptsache Arbeit? Was wird ... Maßstäbe, Modelle, Visionen, Hamburg: VSA-Verlag, 2001, 188-201.

European Anti Poverty Network (Hg.): Small steps - big changes. Building participation of people experiencing poverty. Brüssel, 2008, pdf-Version verfügbar unter: <http://www.eapn.eu/content/view/855/30/lang,en/> (letzter Zugriff 01.07.09)

Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon). 23. und 24. März 2000. Verfügbar unter: http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm (letzter Zugriff 11.04.2009)

Haug, Frigga: Die Vier-in-einem-Perspektive. Hamburg: Argument 2008.

Masschelein, Jan und Simons, Maarten: Globale Immunität oder eine kleine Kartographie des europäischen Bildungsraums. Berlin: diaphanes, 2005.

Rohrbach, Daniela: Wissensgesellschaft und soziale Ungleichheit. Ein Zeit und Ländervergleich, Wiesbaden: VS Verlag, 2008.

Rohrhirsch, Ferdinand: Der Gelehrte verschwindet und der Forscher braucht keine Bücher mehr. Oder: Wer die Differenz zwischen Wissen und Bildung nicht mehr wahrnimmt, der hält auch Dieter Bohlen und Herbert Grönemeyer für Musiker, in: ASpB (Hg.), Bibliotheken und Informationseinrichtungen - Aufgaben, Strukturen, Ziele (29. Arbeits- und Fortbildungstagung der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e.V., vom 08.-11. April 2003 in Stuttgart), Jülich 2003, S. 55-67, Verfügbar unter: <http://www.ferdinand-rohrhirsch.de/texte.htm> (10.04.2009)

Spring Alliance Manifesto, For a European Union that puts people and planet first. In Kürze verfügbar unter: <http://www.springalliance.eu>

Wilkinson, Richard and Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück, Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Tolkemitt bei Zweitausendeins, 2010.